Bewahrung der Schöpfung – große Visionen und kleine Schritte

Vortrag von Yvonne Zwick
beim Ökumenischen Tag der Schöpfung 2008
vom Ökumenischen Rat Berlin-Brandenburg, der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und dem Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin
in Berlin am 27.09.2008

[Begrüßungsformel]

Ich freue mich besonders, heute bei Ihnen zu sein, weil ich mich als Theologin in gewisser Weise als Botschafterin in zwei Szenen sehe: in der Nachhaltigkeitsszene, in der die Theologin als exotisches Wesen wahrgenommen wird und in der kirchlichen Szene, aus der ich komme und die mein Rückgrat in der täglichen Arbeit ist. Als wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung bin ich stets wachsam dafür, was die Kirchen tun, welche Diskussionsbeiträge sie liefern in der aktuellen Debatte um die großen Themen Nachhaltigkeit, Klimawandel und die soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung. Und genauso bin ich anders herum Expertin in verschiedenen Gremien der Kirche, so bei der Arbeitsgruppe Ökologie der Deutschen Bischofskonferenz und bei der Katholischen Jungen Gemeinde einem katholischen Jugendverband, der sich auf die Suche nach der Klimaneutralität macht. Solche Diskussionen sind nicht leicht – im Gegenteil, sie gehen ans Eingemachte. Sie fragen Funktionäre und Würdenträger, ob sie bereit sind, den unbequemen Weg zu gehen und sich Fragen zu stellen, die viel zu viele beiseite lassen. Es geht um mehr, als wohlfeile Papiere zu schreiben – im eigenen Tun glaubwürdig zu sein.

Doch kommen wir zu unserem Thema, die großen Visionen und kleinen Schritte zur Bewahrung der Schöpfung.

In meinem Vortrag werde ich zunächst auf den Begriff der Schöpfung und ihre Situation heute eingehen, mich dann den Kategorien Verantwortung und Nachhaltigkeit zuwenden. Nach einer Darstellung der Aufgaben und Ziele des Rates für Nachhaltige Entwicklung und einiger aktueller Diskussionsbeiträge formuliere ich einige Impulse für das Handeln der Kirche.

Doch zunächst zum Begriff der Schöpfung. Er ist ein ethisch folgenreicher Begriff. Die Schöpfung gibt nicht nur eine Erklärung für den Anfang der Welt, sondern beinhaltet eine lebendige, ethisch relevante Hinordnung der Welt auf den in ihr gegenwärtigen Gott. Die wirksame Gegenwart des Schöpfers bedeutet für den Menschen, dass er eine Verantwortung gegenüber seinem Schöpfer hat. Ihm ist er verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Der Begriff Schöpfung steht im Kontrast zum Begriff Natur. Er ist ganz offensichtlich von Glauben geprägt und hat einen handlungsleitenden Charakter.

Schöpfung hat einen Eigenwert als Raum des geschenkten Lebens. Ein Paradies. Der Mensch befindet sich in ihr als Geschöpf unter Mitgeschöpfen und er kann sich und sein Schicksal nicht ohne den Zusammenhang mit der gesamten Schöpfung begreifen. Gerade in den Zeiten des Klimawandels wird das offenkundig. Die Funktionalität der Ökosysteme beeinflusst die der sozialen und wirtschaftlichen Systeme einer Nation, aber auch weltweit.

Wer von Schöpfung redet, verpflichtet sich zu einem verantwortlichen Umgang mit der Natur, der sich nicht allein an ihrem Nutzwert orientiert, sondern darüber hinausgeht. Das ist im übertragenen Sinne der kategorische Imperativ, der gebietet, Handlungen zu vollbringen, die nicht Mittel zum Zweck, sondern *an sich gut* sind.

Die Freude an den Gütern der Schöpfung und die Entschlossenheit, diese auch anderen zu ermöglichen, sie zu schützen und gerecht zu teilen, sind angemessener Ausdruck und sichtbares Zeugnis des Glaubens, dass die Schöpfung Gottes gute Gabe ist (Werbick). Angesichts der ökologischen Krise ist das Engagement für die Bewahrung der Schöpfung als Lebensraum für alle Kreaturen heute eine unverzichtbare Praxis des christlichen Schöpfungsglaubens.

Der Schöpfungsauftrag, den Gott allen Menschen gegeben hat, ist der „Kulturauftrag“ in Gen 1,28: „Gott segnete sie und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch und herrscht über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die sich auf dem Land regen.“

Nun ist die deutsche Sprache besonders hart und besondere Kritikpunkte machen sich in der Exegese an den entscheidenden Verben unterwerfen (kbsch) und herrschen (rdh) fest. Für viele Menschen in der Nachhaltigkeitsszene oder anderswo endet hier schon die Glaubwürdigkeit der Kirchen als potentieller Hilfesteller für die Beantwortung aktueller Herausforderungen. Einige Autoren haben diese beiden Worte auch als die zentrale geistesgeschichtliche Ursache der neuzeitlichen Umweltkrise bezeichnet. So zum Beispiel der Bayer Carl Amery der in seinen kirchenkritischen Schriften *Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute* und *Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums* , die dem Christentum Mitschuld an der globalen Umweltzerstörung gab.

Tatsächlich gibt es zwei Interpretationsmöglichkeiten für die hebräischen Worte im Urtext. Eine ist Interpretation ist eindeutig gewaltbetont, geht hin bis zur sexuellen Vergewaltigung, die andere meint verantwortliche Sorge oder Fürsorge zum Wohl des Ganzen – auch in transzendenter Weise, d.h. einschließlich künftiger Generationen. Der Mensch ist im Sinne des „urbar machen“ zur technischen Umgestaltung und zur Nutzung der natürlichen Güter berechtigt. Diese fürsorgliche Interpretation liegt nahe, betrachtet man ihn mit der zweiten Stelle in der Bibel, die den Kulturauftrag enthält, Gen 2,15: „Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“

Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen bringt mit sich, dass er an der weiteren Entfaltung der Schöpfung durch Arbeit nach dem Urbild des Schöpfers mitwirken kann. Das heißt, gerade inklusive der Sabbatruhe, an dem sich alles, Mensch, Tier, Natur, regenerieren und Atem holen kann. Der Mensch steht in der Verantwortung ggü. seinem Schöpfer.

Der Mensch als Gottes Ebenbild hat theologisch eine besondere Würde – das tröstet, denn er ist nicht nur zur Verantwortung berufen, sondern auch befähigt. Ich mache gerne das Zugeständnis, dass die Welt in der wir leben anspruchsvoll und komplex ist. Die Zeiten sind vorbei, an dem man seine Verantwortung in einem sozial übersichtlichen, eindeutigen Zusammenhang wahrnehmen muss. Doch diese unübersichtlichen Strukturen sind vom Menschen gemacht. Die Globalisierung ist mitnichten einfach so passiert. Zwar waren nicht Sie oder ich es, die Globalisierung verantworten, aber es waren Menschen. Und es liegt an uns, Unternehmer und Politiker an unsere Werte zu binden. Die personale Verantwortung kann nicht delegiert oder weggeschoben werden – sie ist uns allen unveräußerlich.

- Sie ist dem Unternehmer unveräußerlich, der die Mitarbeiter nicht mehr in eigenen Fabriken beschäftigen will, sondern Subunternehmer mit der Fertigung seiner Markenprodukte beauftragt und von der schnellen Kündbarkeit und Billiglöhnen irgendwo profitiert
- Sie ist dem Politiker unveräußerlich, der für sein kurzfristiges Ziel, wiedergewählt zu werden, entgegen besserem Wissen und Gewissen die politische Agenda strickt
- Und jeder Bürgerin, jedem Bürger, der sich so machtlos wähnt in diesem großen System politischer und wirtschaftlicher Verwobenheit

In der Praxis stehen wir ständig in der Abwägung hinsichtlich den Folgen und Zielen menschlichen Handelns. Das Abwägen komplexer Wechselwirkungen zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren ist notwendig – dieses Verständnis hat sich im Leitbild der Nachhaltigkeit niedergeschlagen, dem der Rang eines Sozialprinzips christlicher Ethik zukommt.

Es reicht nicht mehr aus, eingetretene Schäden und unerwünschte Effekte nachträglich aufzuarbeiten und die Schuldigen – ex post – zu identifizieren und abzustrafen. Dafür haben die Schäden eine Dimension zu großen Ausmaßes angenommen. Es geht um vorausplanende und vorauseilende Vorsorge. Dabei geht es längst nicht mehr um die individuelle Zurechenbarkeit, sondern zunehmend um Strukturfragen:

- Der demografische Wandel in Deutschland mit einer alternden Gesellschaft einerseits und die weltweite Bevölkerungsexplosion andererseits
- Das globale Problem von Hunger und Armut einerseits und das Konsumverhalten der Industriegesellschaften andererseits
- Treibhauseffekt und Klimawandel

In Sollicitudo rei socialis war in diesem Zusammenhang die Rede von der strukturellen Sünde, die überwunden werden muss. Wir brauchen angesichts der globalen Problemlagen dringend strukturelle Lernprozesse. Wir brauchen eine neue Art, Politik zu treiben und eine neue Art des Wirtschaftens.

Ethisch setzt das Nachhaltigkeitskonzept mit dem Postulat intergenerationeller Gerechtigkeit an. Zwischen den jetzt lebenden Generationen, aber auch den heute und den zukünftig lebenden Generationen.

Es geht dabei um das Bemühen um die Wiedergewinnung langfristiger Orientierungsperspektiven angesichts der meist auf kurzfristige Optimierung ausgerichteten Organisationsformen moderner Politik und Wirtschaft. Aber Nachhaltigkeit findet auch in der Öffentlichkeit noch keine überzeugenden Mehrheiten. So sinnvoll und unterstützenswert die Prinzipien einer Nachhaltigen Entwicklung sind, so wenig sind sie im Alltag handlungsleitend.

1. Nachhaltig produzierte Güter werden noch zu wenig nachgefragt. Kaufentscheidend ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger immer noch der Preis. Einige Beispiele:
    - Die Zahl der Zulassungen von Toyota Prius ist 2007 um 49% gestiegen, insgesamt betrachtet haben diese relativ umweltfreundlicheren Fahrzeuge in Deutschland nur 0,2% Marktanteil.
    - Sozialethische Investments, potentiell ein Betätigungsfeld für die Kirchen: Optimisten schätzen einen Marktanteil von 2 – 3%
    - Fairtrade Produkte: 3 – 3,5%
    - Einziger Hoffnungsträger sind die Energiesparbirnen. deren Absatz wuchs 2007 um 200% auf 15% Marktanteil und ist damit mittlerweile

2. Ein Blick in die Politik: ist Nachhaltigkeit ein Wiederwahlargument? Hand aufs Herz: Was glauben Sie? Würde ein Politiker wiedergewählt, wenn er für die komplette Abschaffung der Pendlerpauschale votiert? Wir haben eine tägliche Neuversiegelung von Flächen von im Schnitt 112 ha, Tendenz steigend, trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen. Ist die Subvention von Mobilität vor diesem Hintergrund nachhaltig?

3. Oder orientiert sich die Wirtschaft an nachhaltigen Kriterien? Die aktuelle Bankenkrise bringt täglich den Beweis, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

Soweit zur Realität.

Es scheint unbestritten, dass alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung tragen – über das „Wie“ ist ein Streit unvermeidlich.

Diesen Streit anzuzetteln, lebendig zu halten und zu moderieren hat sich der Rat für Nachhaltige Entwicklung zur Aufgabe gemacht. Er wurde 2001 von der Bundesregierung ins Leben gerufen und berät die Bundeskanzlerin in Sachen Nachhaltigkeitspolitik. Zur Nachhaltigkeitspolitik gehört auch die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, in der die Bundesregierung in 21 Indikatoren die Erfolge ihrer NH-Politik messbar macht. Der RNE hat empfohlen, sich bei jedem dieser Indikatoren Ziele zu setzen – nach dem Motto „nur was messbar ist, lässt sich auch managen“. Das ist leider nicht bei allen, aber doch bei wesentlichen Indikatoren gemacht worden und die Erfolge der Bundesregierung sind eher durchwachsen. Zum roten Faden des Regierungshandelns ist Nachhaltigkeit noch nicht geworden. Ressortübergreifend an einem Strang zu ziehen ist noch nicht en vogue.

Meine Vision ist, dass der Rat für Nachhaltige Entwicklung irgendwann einmal überflüssig wird. Bundesministerinnen und Bundesminister arbeiten gemeinsam an den zentralen Herausforderungen und suchen die besten Lösungen für eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung. Die Politik und öffentliche Verwaltung ist Vorbild und lebt

den Bürgerinnen und Bürgern, den Managern vor, wie Nachhaltigkeit in sämtliche Prozesse integriert wird. Momentan ist das die reine Utopie.

Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist unser Beharren, Nachhaltigkeit zum roten Faden des Regierungshandelns zu machen.

Erst kürzlich bewertete der RNE den Grad der Zielerreichung der 21 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie zeigt:

- Die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung, die sich die Bundesregierung gesetzt hat, bleiben in vielen Punkten ohne die erhoffte Wirkung.
- Das Ist und das Soll der Nachhaltigkeits-Ziele wurde mit roten, gelben und grünen Ampeln bewertet. Nur 10 von 32 Teilindikatoren erhalten grünes Licht. Für zwei Drittel stehen die Ampeln auf gelb und rot, das heißt, dass diese Ziele nicht oder nur durch erhebliches Umsteuern der Politik erreicht werden können. Grünes Licht gibt es für die Einführung der regenerativen Energien oder die Entwicklungszusammenarbeit. Rotes Licht erhalten unter anderem die Indikatoren zur „Flächeninanspruchnahme“, „Artenvielfalt“, „Energieproduktivität“, „Rohstoffproduktivität“ oder „Gleichberechtigung“. Hier erreicht die Politik ihre eigenen, ambitionierten Ziele zur Nachhaltigkeit nicht.

Das vorrangige Hemmnis ist die politische Lücke zwischen Zielen und Handeln. Die tatsächliche Wirksamkeit und Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsziele ist noch nicht groß genug. Hierzu bietet die Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie, die für diesen Herbst geplant ist, die nächste Chance.

Ein kleiner Schritt zum Vorbild sein wäre die umfassende Modernisierung der öffentlichen Beschaffung, zu der der Rat im Sommer Empfehlungen an die Bundesregierung adressiert hat. Die öffentliche Hand in Bund, Länder und Kommunen vergibt in Deutschland jedes Jahr Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Wert von etwa 360 Mrd. Euro. Das macht ca. 17% des Bruttoinlandsproduktes aus. Eine Marktmacht, die sich sehen lassen kann. Bislang folgt sie jedoch dem Grundsatz, „das wirtschaftlichste Angebot ist zu beauftragen“. Interessantes Detail: Die Vergabepraxis des Bundes hinkt der anderer öffentlicher Auftraggeber hinterher. So sind einige

Bundesländer und Kommunen hier viel weiter als der Bund. Solange die Ausgaben der öffentlichen Hand nicht explizit und nachprüfbar an Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, besteht die Gefahr, dass der Steuerzahler doppelt zahlt: Zum einen zahlt er, wenn Einsparmöglichkeiten und Effizienz nicht beachtet werden, zum anderen, wenn die ökologische und sozialen Zeche zu zahlen ist, die aus Fehlentscheidungen folgt.

Ein nachhaltiges Wachstum ist nur zu erreichen, wenn der Staat selbst aktiv wird. Es mutet peinlich an, wenn trotz der anstehenden Klimaerwärmung, die niemand mehr in Frage stellt, Energieeffizienzmaßnahmen in staatseigenen Gebäuden nicht durchgeführt werden, weil die Investitionen ein gewisses Maß an laufenden Kosten nicht überschreiten dürfen und Kameralistik die Betrachtung von Lebenszykluskosten unmöglich macht. Im Saldo spart der Staat bares Geld. Warum wird dieser Schatz nicht gehoben? Die Einführung der Doppik ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt, dieses Hindernis zu überwinden.

Es gibt gute Beispiele unserer Nachbarn in Europa, die zeigen, wo es hingehen kann. Die Niederlande zum Beispiel haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 100% der öffentlichen Beschaffung nachhaltig zu gestalten. Das ist ein ambitioniertes Ziel, das über die Vorgaben der EU weit hinausgeht. Ich bin gespannt, ob dieses Ziel erreicht werden wird. Mit Sicherheit wird es auf diesem Weg Schwierigkeiten und Zielkonflikte geben.

Die Verantwortung der öffentlichen Beschaffung für eine tragfähige, faire Wirtschaftsordnung bezieht sich nicht nur auf einen nationalen Wirtschaftsraum. Sie verweist auf eine weltweit nachhaltige Entwicklung. Letztlich hat die Frage nach einer Wirtschaftsordnung, die den Menschen global Wohlstand und Wohlergehen ermöglicht, auch eine sicherheitspolitische Dimension.

Meine Vision ist, dass die Wirtschaft die Politik tatkräftig bei der Erreichung von Zielen unterstützt. Konkret wird dieses Themenfeld im RNE unter der Überschrift unternehmerische Verantwortung, Corporate Social Responsibility diskutiert. Denn global agierende Unternehmen stehen in einer besonderen Verantwortung. Wer sich nicht als „ehrbarer Kaufmann“ verhält, riskiert seine Geschäftsgrundlage, die licence to operate.

Ein Unternehmen in Regionen mit zerfallender staatlicher Ordnung, Pandemien oder zerstörter Umwelt muss schon aus Eigeninteresse deutlich mehr tun, als die wenigen und meist niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten und ansonsten abzuwarten.
Es erscheint gerechtfertigt, in solchen Fällen nicht grundsätzlich von einem „freiwilligen“ Engagement zu sprechen, sondern die Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen, welche eher die Notwendigkeit einer Übernahme von Verantwortung nahe legen. Wenn Angestellte und Arbeiter auf Grund von Epidemien und mangelnder Gesundheitsvorsorge eine dramatisch fallende Lebenserwartung haben, ist ein Unternehmen oft weit über unmittelbare betriebliche Belange hinaus gezwungen, in den lokalen Gemeinschaften eine übergreifende Gesundheitsvorsorge zu treffen. DaimlerChrysler macht es in Südafrika vor. Die AIDS-Prävention gehört für das Unternehmen zum Kerngeschäft, weil deren Belegschaft sonst bei der Lebenserwartung von 48 Jahren alle paar Jahre komplett ausgetauscht werden müsste.

Ein weiteres Beispiel ist die „nachhaltige“ Lieferkette. Standen hier bisher die Imageeffekte für Markenartikler der Konsumgüterindustrie im Vordergrund, so gehen immer häufiger auch andere Unternehmen dazu über, ihre Lieferanten auf europäische Öko- und Sozialstandards zu verpflichten. Das macht globale Lieferketten zuverlässiger und sicherer – und damit die Geschäftsgrundlage von Unternehmen beständig.

Aber egal wo wir hinsehen: Weder Unternehmen, noch die Politik, noch die Zivilgesellschaft, geschweige den der einzelne Bürger werden den Wandel als Einzelkämpfer bewerkstelligen können. Wir brauchen das Zusammenwirken aller Akteure. Erst recht angesichts der Dramatik des Klimawandels. Die mittlere globale Erwärmung darf nicht mehr als 2°C über den Werten vor dem Industriezeitalter liegen, wenn unkontrollierbare Folgen für Mensch und Natur verhindert werden sollen. Aber was bedeutet das konkret? Das IPCC beschrieb die Folgen bei 2° Erwärmung:

- 20-30% Rückgang der Wasserverfügbarkeit im Mittelmeerraum und südlichen Afrika
- 5-10% Rückgang der Ernteerträge beispielsweise in Afrika
- 40 bis 60 Mio. Afrikaner, die zusätzlich der Malaria ausgesetzt werden

- Bis zu 10 Mio. Menschen, die zusätzlich jährlich von Sturmfluten betroffen sein werden

Diese Folgen sind heute bereits von der Politik zu verantworten.

Um das Klimaziel noch mal deutlicher zu machen: + 2° bedeutet ein maximales Emissionsrecht pro Kopf von 2t CO_2 bis 2050. Das ist das Ziel, das Bundeskanzlerin Angela Merkel dieses Jahr in die Debatte geworfen hat. Bei den momentanen Emissionen wird klar, dass es ohne weniger Konsum nicht zu erreichen sein wird.

Wir müssen dringend unsere Vorstellungen von Wohlstand vom Wachstum entkoppeln. Wir brauchen radikale Visionen, die einen Gesinnungswandel hinsichtlich der Wohlstandsvorstellung und dem Ethos freiwilliger Verantwortung für die Schöpfung befördert.

„Was du tust, das tue klug und bedenke das Ende.“ Wir sind nur Treuhänder für die nächste Generation, wir haben kein Recht zur Ausbeutung. Dieses Wissen haben die Kirchen von Anbeginn, sie haben das Rüstzeug, das als Kompass dienen kann. Auf was ich anspiele, sind die Kardinaltugenden:

- Gerechtigkeit: zwischen den jetzt lebenden und zukünftigen Generationen und weltweit
- Klugheit: die kluge Abwägung komplexer Zusammenhänge von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft
- Genügsamkeit: Suffizienz, ein maßvolles Wohlstandsmodell
- Stärke: Mut im zivilgesellschaftlichen Engagement und Konsequenz im Lebensstil

Die Vision, die ich Ihnen mitgeben möchte, ist die einer mutigen Kirche. Als globale Institutionen, die rund um den Planeten Erde ein Wertekonzept anbieten, stellen sie ihr Licht viel zu sehr unter den Scheffel.

1. Bieten Sie Ihr Konzept der Schöpfungsverantwortung offensiver an. Als Träger der Bildung, in Diakonie und Caritas können Sie etwas bewegen und den Keim tragfähiger Werte in viele Menschen pflanzen.
2. Handeln Sie glaubwürdig im Sinne der Bewahrung der Schöpfung, durch alle Instanzen hindurch! Es ist schön, wenn die Bischofskonferenz ein Papier zum Klimawandel veröffentlicht, aber noch schöner wäre es, es gäbe eine Selbstbindung der Bischöfe an ökologisch und sozial verantwortbare Lösungen in ihrer Institution.
3. Geben Sie Hoffnung. Da draußen kursieren jede Menge Untergangsszenarien bis hin zum Fatalismus, dass sich die Dinge ohnehin nicht mehr ändern lassen. Der Schöpfergott sagt zu, dass er seine Schöpfung nie gewaltsam vernichten werde (Gen 8,21f), egal wie sich der Mensch verhalten mag. Er hat sein unwiderrufliches Ja zu dieser Erde und seinen Menschen gegeben. Das hinauszutragen und Handlungsoptionen aufzuzeigen, kann die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft nur stärken.

Bei all den Debatten geht es auch nicht darum, Unmögliches zu erwarten. Es geht vielmehr darum, das Mögliche wirklich und konsequent zu tun. Und da spielen die kleinen Schritte eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Verwirklichung der großen Vision.